

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13003. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.50 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Schleppende Regierungs-Kuhhandel in Preußen. Deutsche Volkspartei und Rechtssozialisten.

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Verhandlungen der Parteien über die Regierungsbildung in Preußen sind bisher keinen Schritt vorwärts gekommen. Da man sich immer noch nicht über eine neue Koalition hat einigen können, so hat man vorläufig beschlossen, ein Verlegenheitsministerium zu bilden. Am Sonnabend wird die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen werden, ohne daß man eigentlich weiß, welches Ministerium dieser Ministerpräsident berufen wird, ohne daß man weiß, aus welchen Parteien sich die Mitarbeiter zusammensetzen werden. In einem Teil der bürgerlichen Presse wird bereits für ein Fachministerium, das aus Beamten bestehen soll, Propaganda gemacht. Als Ministerpräsident kommt nach den bisherigen Verhandlungen nur ein Zentrumsmann in Frage, entweder der Minister Stegerwald oder der Justizminister Am Rehnhoff. Das Zentrum wird wahrscheinlich den Minister Stegerwald präsentieren. Die Fraktionen haben gestern nachmittags sämtliche Sitzungen im Landtag abgehalten. Die Hauptentscheidung lag bei der Deutschen Volkspartei, die sich zu einem Schreiben zu äußern hatte, in dem die sozialdemokratische Landtagsfraktion drei Bedingungen gestellt hatte, unter denen sie bereit wäre, mit der Deutschen Volkspartei die Regierung in Preußen zu bilden. Das Berliner Tageblatt hatte gestern abend bereits einen Teil dieser Forderungen mitgeteilt. Der Vorwärts ist darüber sehr nervös und erregt. Er bezieht diese Veröffentlichung als eine Indiscretion. Man kann verstehen, daß es den Rechtssozialisten heute äußerst peinlich ist, daß die Versuchung des Kuhhandels mit der Deutschen Volkspartei in der Öffentlichkeit bekannt wird. Die Volkszeitung berichtet heute über die drei Forderungen der Sozialdemokraten folgendes: Die Deutsche Volkspartei sollte erklären, daß sie auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehe und keine monarchistischen Tendenzen verfolge. Diese Bedingung wurde von der Deutschen Volkspartei abgelehnt mit der Begründung, daß sie bereits für den Verfassungsentwurf gestimmt habe, daß das Recht, eine Änderung der Staatsform auf verfassungsmäßigem Wege auszuüben, seiner Partei verwehrt werden könne. Die zweite Forderung verlangte, daß die Demokratisierung Preußens wie bisher fortgeführt werden solle. Auch diese Bedingung wurde abgelehnt, da die Deutsche Volkspartei glaubt, daß nur die sachliche Eignung für die Bekämpfung hervorragender Verwaltungsstellen den Ausschlag geben könnte. Die dritte Forderung der Sozialdemokraten verlangte die Zusage, daß hinsichtlich der Abfindung der Hohenzollern keine parteipolitische, sondern eine privatrechtliche Angelegenheit sei. Diese Forderungen der Deutschen Volkspartei werden heute in einer interfraktionellen Besprechung zur Kenntnis der anderen Parteien gebracht werden, im Landtag werden neuerlich Fraktionsführungen stattfinden, die zu der neuen Situation Stellung nehmen sollen. Die Deutsche Volkspartei wird bei der Wahl des vom Zentrum nominierten Kandidaten für den Ministerpräsidenten erklären, daß sie für den Zentrumskandidaten stimme, indem sie von der Erklärung des Zentrums abnehme, nur mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam eine Koalition in Preußen zu bilden.

Belgische Blutschuld im Bezirk Mörz.

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die freie Presse in Düsseldorf meldet, daß im Bezirk Mörz die Belgier im ganzen etwa 900 Personen, die an den kommunistischen Unruhen beteiligt waren, festgenommen haben. Das Kriegsgericht, das zu diesem Zweck von Aachen nach Mörz verlegt wurde, hat bereits die Mehrzahl der Verhafteten abgeurteilt. Die Mindeststrafe beträgt ein Jahr Gefängnis. Unter den Angeklagten befindet sich auch der kommunistische Agitator Dr. Gabriel, einer der Hauptführer bei den Unruhen im Mörzgebiet. Er wurde zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Verbrecherische Orgele-Pläne in Bayern.

München, 7. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das christlich-sozialistische Neue Volk teilt mit, daß beim Polizeipräsidenten Köhner mit Mitgliedern der bayerischen Regierung eine Besprechung stattgefunden habe, an der auch Ludendorff teilgenommen habe. Ludendorff sei eine Rolle in der Entwaffnungsfrage zugeteilt worden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, handelte es sich bei der Besprechung um die Frage von Oberpfälzen und um die Munitionsversorgung der bayerischen Einwohnerwehr. Die Einwohnerwehr besitzt nach den Aussagen ihrer Führer nur mehr für ein bis einhalb Jahre Munition. Sie will sich neue Munition von der Reichswehr verschaffen. Zu der Frage Oberpfälzen wollen die zeitfreiwilligen Studenten und Offiziere einen Polenpuls provozieren, um unter der Deckung von Reichswehr und Schutzpolizei in den Kampf eingreifen zu können.

Drohender Landarbeiterstreik in Pommern.

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Stettin kommen Nachrichten von einem drohenden Landarbeiterstreik in Pommern. Der Landarbeitertarif ist in fast allen Kreisen am 1. April abgelaufen. Zum Abschluß eines neuen Vertrags ist es bisher nirgends gekommen, da der Landarbeiterver-

band sich wie früher weigert, die Arbeitnehmergruppe des Landtages als Organisation anzuerkennen. Auf verschiedenen Gütern sind die Arbeiter bereits in den Streik getreten, so in den Kreisen Bollin und Usedom und auch in dem Kreis Rügenberg. Die Arbeit ist hier bereits auf 25 Gütern niedergelegt worden.

Der Streik der englischen Bergarbeiter. Streikbeschluss der Transportarbeiter. — Neue Verhandlungen?

Berlin, 7. April. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus London: Die Verhandlung der Delegierten des Transportarbeiterverbands beschloß einstimmig, die Bergarbeiter zu unterstützen und sich sofort mit den Eisenbahnern und Bergarbeitern zwecks gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu setzen. In dem Streik ist neuerdings insofern eine bedeutende Wendung eingetreten, als Lloyd George an die Bergwerksbesitzer und an die Bergleute herangetreten ist mit dem Ersuchen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Eigentümer haben die Einladung des Ministerpräsidenten nicht angenommen, unter der Bedingung, daß die Bergleute Schritte unternehmen, um die Zeichen vor der Gefahr des Erlausens zu schützen.

London, 6. April. (Reuter.) Infolge des Eingreifens des Premierministers, der die Bergwerksbesitzer und die Bergarbeiter aufgefordert hat, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, hat sich die Streiklage zum Besseren gewendet. Inzwischen haben die Eisenbahnern, die in der Streikfrage noch nicht zur Entscheidung gelangt sind, ihre Konferenz bis auf morgen vertagt. Es ist wahrscheinlich, daß die Transportarbeiter und die Eisenbahnern den Ausgang der neuen Verhandlungen abwarten werden, ehe sie zu einer entschließenden Aktion schreiten.

Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden in Schottland.

London, 7. April. (U.) Nach Reuter meldet Daily Chronicle, daß die Unruhen in Schottland zunehmen. In Fife haben schwere Unruhen stattgefunden. In Cowdenboath ist ein Aufseher, der sich weigerte, die Wasserpumpen zu verlassen, weggeschleppt und schwer mißhandelt worden. Ein großes Polizeiaufgebot machte von den Gummistiefeln Gebrauch. Die Polizei griff die Menge an und befreite den Aufseher aus ihren Händen. Die Ausständigen hielten eine rote Flagge und riefen sich zu Tausenden zusammen, so daß es schließlich zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Gegen Abend fanden schwere Kämpfe zwischen Bergarbeitern und Polizeimannschaften statt. Die Polizei holte von andern Orten Hilfe herbei. Die Zusammenstöße dauerten um Mitternacht noch an. Die Opfer sind sehr zahlreich. Es wird gemeldet, daß bei den Kämpfen eine größere Anzahl von Personen verwundet worden sind.

Streikdeballe im englischen Unterhaus.

London, 7. April. In der gestrigen Unterhausrede über die Krise in der Kohlenindustrie erklärte Sir Robert Horne, er habe Hoffnung, die Bergarbeiter würden jetzt mehr bereit sein als letzte Woche, in Verhandlungen über eine friedliche Regelung einzutreten, die weder eine Unterstellung noch eine Kontrolle seitens der Regierung umfasse. Horne schlug die Erörterung eines differenziierten Lohnsystems für verschiedene Distrikte vor, worauf mehrere Mitglieder der Arbeiterpartei riefen: Niemals! — Einiges besagte sich darüber, daß die Regierungskontrolle so plötzlich aufgehört habe. Er schlug die vorläufige Fortsetzung der Regierungskontrolle vor, während die gesamte Frage weiter erörtern werde. Der Streik könne durchgepumpt werden; es sei jedoch besser, ihn zu durchdenken. Clines riefte an die Regierung den Appell, wieder als Vermittlerin aufzutreten. — Thomas erklärte, die Arbeiter seien einmütig der Ansicht, daß dies der erste Versuch sei, ihren Lebensstandard herabzudrücken. Die Eisenbahner seien der Ansicht, wenn die Bergarbeiter unterliegen würden, so seien sie die nächste Verteidigungslinie. Die Zahlen seien überwältigend zugunsten eines Weiterreichens des Streiks. Die Bergarbeiter würden von der organisierten Arbeiterschaft unterstützt; sie würden und könnten die Hungerlöhne nicht annehmen. Die Eisenbahner würden sie dabei unterstützen. Thomas schloß mit der Hoffnung, daß beide Parteien noch zusammengebracht werden könnten. — Das Mitglied der Arbeiterpartei, Horseshorn, erklärte, das Abkommen von Spa sei schuld an der vollständigen Zerstörung der britischen Märkte für Ausfuhrkohle.

Die Beisegung Enlfs.

Berlin, 7. April. Die Beisegung des ermordeten Kommunisten Enlfs hat am Mittwoch in Berlin stattgefunden. Am Vormittag 11 Uhr fand in der Böghombrauerei eine Trauerfeier statt, bei der der Kommunist Friesland die Rede hielt. Auch für die städtischen Elektrikalarbeiter sprach ein Redner.

Der Trauerzug war eine gewaltige Demonstration. Riesige Menschenmassen folgten vom Prenzlauer Tor an dem Sarg. Anordnungen fast aller größeren Berliner Werke waren erschienen. Am 12 Uhr wurde der Sarg herausgetragen und unter Vorantritt eines Musikchors begann der Marsch nach dem Friedhof. Die gewaltige Demonstration verlief in vollster Ordnung, es ist zu keinerlei Zwischenfällen gekommen, wie sie die Reichswehr schon provokatorisch an die Wand gemalt hatte.

Die Theorie des Bolschismus.

Nachdem die KPD ihr Ziel erreicht und ihre Anhänger in ein stum- und zweckloses Blutbad hineingetrieben hat, nachdem Hunderte von Arbeitern mit ihrem Leben den Wahnsinn der kommunistischen Politik kühlen mußten, Tausende ihrer Beurteilung durch reaktionäre Anwaltengerichte entgegensehen und weitere Tausende sich in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sehen, versucht die rote Fahne so etwas wie eine theoretische Rechtfertigung des mißlungenen Abenteuers zu geben, dessen Endeszeit kein anderer ist als die von uns schon lange als die größte Gefahr der kommunistischen Bolschepolitik vorausgesehene Stärkung der reaktionären Strömungen in Deutschland. Nach den üblichen Apoptrophierungen der rechtssozialistischen und unabhängigen Führer als „ausgemachte Schurken und abgefeimte Gauner“, die nun einmal bei keinem kommunistischen Erguß fehlen dürfen und einen eifrigen Bestand ihrer „Theorie“ bilden, folgt das Eingeständnis, daß die Aufstandsbewegung planmäßig von der KPD inszeniert, geschürt und geleitet wurde — allerdings nur geistig, denn auf dem Schauplatz der Kämpfe war keiner der geistigen Führer der Bewegung zu erblicken —, und der Versuch einer wissenschaftlichen Begründung der Taktik, die von den Kommunisten angewandt wurde und deren Richtigkeit durch den Ausgang der Bewegung eine so glänzende Bestätigung fand.

Die Wissenschaft der roten Fahne erschöpft sich in der Theorie des unverbilligsten, naivsten Bolschismus, „essen sich ein Blaukraut nicht zu schmecken hätte. Sowie hat freilich auch der Kritische Scheitern der roten Fahne von Marx schon gesehrt, wenngleich seine sonstigen Ausführungen ihn als einen jener Anhänger Sinowjews erkennen lassen, die nach der Anweisung ihres Meisters Marx nicht gelesen haben —, daß die notwendige Voraussetzung zur Revolution die Krise der Situation sei. Und auch darin stimmen wir mit ihm überein — und, die ganze Politik der KPD, ist von diesem Gedanken beherrscht —, daß bei der Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung, die Deutschland heute erreicht hat, der Grad der Revolutionstiefe vor allem durch den Grad der revolutionären Entwicklung und Organisierung des Proletariats bestimmt wird. Aber gerade gegen dieses Grundgesetz der Revolution, daß das Proletariat als Klasse zu ihr herantreten muß, verstoßt die kommunistische Partei unausgesetzt in jeder ihrer „Aktionen“, ja das Bestehen und der Sinn dieser Partei ist ein Verstoß gegen dieses Gesetz.

Welchen Sinn hat denn das Bestehen einer kommunistischen Partei in Deutschland, wo eine revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei zielfar und energiefähig auf die Revolutionierung der Köpfe der Arbeitermassen, von denen sich ein großer Teil noch immer von den reformistischen und nationalistischen Schatzworten der Rechtssozialisten einfangen läßt, und auf die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaftsordnung hinarbeitet? Wozu mußte diese Partei gespalten und geschwächt werden, um der dahinsiehenden kommunistischen Partei frisches Blut, aber befehllos nicht frischen Geist zuzuführen? Die 21 Bedingungen, die den unmittelbaren Anlaß zur Spaltung gaben, die Leitfäden, die auf dem zweiten Kongreß der Dritten Internationale angenommen wurden, und die blutige Praxis der KPD, die sich getreu an die von Moskau aufgestellte Theorie hält, geben die Antwort darauf: Nach dieser Theorie soll die Revolutionsreise des Proletariats nicht dadurch herbeigeführt werden, daß das gesamte Proletariat durch Aufklärung, Agitation und Organisation zum bewußt revolutionären Klassenkampf erzogen wird, sondern durch die Organisierung eines „revolutionären Vortrupps“ innerhalb des in seiner Masse unaufgeklärten und unrevolutionär gesinnten Proletariats, dessen Aufgabe es ist, im richtigen Augenblick durch revolutionäre Aktionen die Massen mitzureißen.

Wer ein wenig mit der Geschichte der Arbeiterbewegung vertraut ist, dem wird diese Theorie nicht so funkelnelken vorkommen, wie sie sich gibt, sondern er wird wissen, daß sie einem längst schon und zwar gerade durch die Theorie und Praxis des marxistischen, wissenschaftlichen Sozialismus überwundenen Stadium, der Arbeiterbewegung angehört, daß sie nichts anderes ist als eine Neuauflage des Blanquismus. Friedrich Engels, der im Bunde mit Marx einen heftigen Kampf gegen die Bolschepisten seiner Zeit, die Blanquisten und Bakuninisten, führte, charakterisierte den Begründer dieser Theorie, Blanqui, folgendermaßen:

„In seiner politischen Tätigkeit war er wesentlich „Mann der Tat“, des Glaubens, daß eine kleine wohlorganisierte Minorität, die im richtigen Moment einen revolutionären Handstreich versucht, durch ein paar erste Erfolge die Volksmasse mit sich fortziehen und so eine hegreiche Revolution machen kann.“

Klingen diese Sätze nicht, als wären sie heute geschrieben und richteten sich direkt gegen die kommunistische Taktik? Was ist denn der jüngste, im Arbeiterblut erstickte Bolscheputsch in Mitteldeutschland anders, als der Versuch einer kleinen wohlorganisierten